

Bericht

des Finanzausschusses und des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 117 der Beilagen) betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2013

Der Finanzausschuss und der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss haben sich in der Sitzung vom 28. November 2012 in Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung und der Amtsexperten mit dem Landesvoranschlag und dem Landeshaushaltsgesetz 2013 befasst.

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller bedankt sich eingangs dafür, dass es in Salzburg möglich sei, doch relativ konsensual vor einer Wahl ein Zwei-Jahres-Budget vorzulegen. Dies sei ein gutes Signal, das dem Druck entgegenwirke, kurz vor einer Wahl womöglich irgendwelche Sonderausgabeposten zu schaffen. Dies entbinde die Regierung aber nicht von der Aufgabe, im Falle von auftretenden Fehlentwicklungen, zB aufgrund konjunktureller Entwicklungen, gegensteuernde Maßnahmen zu treffen. Gerade die Bauwirtschaft sei meistens eine der ersten Branchen, die von konjunkturell bedingten Auswirkungen mit der damit einhergehenden Arbeitslosigkeit betroffen sein könne und zur Folge habe, dass die Regierung reagieren müsse. Diese Spielräume innerhalb der Budgets müssen vorhanden sein. Im Übrigen wären die Spielräume der einzelnen Ressorts noch nie so groß als bei diesen beiden Budgets 2013 und 2014 gewesen. Es gebe zwar nicht mehr Geld, aber innerhalb der eigenen Ressortbereiche haben die Regierungsmitglieder im Bedarfsfall die Möglichkeit durch Umschichtung rasch zu reagieren. Diese Spielräume seien gesetzlich festgelegt worden und sollten auch entsprechend genutzt werden. Der Landesvoranschlag für 2013 umfasse ca € 2,33 Mrd und 2014 ca € 2,39 Mrd. Die sehr hohen außerordentlichen Landesvoranschläge mit fast € 100 Mio im Jahr 2013 und € 96,5 Mio im Jahr 2014 seien ein Signal dafür, dass auch in schwierigen Zeiten Investitionen getätigt werden. Wichtig zu erwähnen sei neben den inhaltlichen Schwerpunkten aber auch das Signal, dass die Neuverschuldung sinke. 2013 um € 82 Mio, 2014 um € 71 Mio und spätestens 2017 soll es keine Neuverschuldung mehr geben. Jeder Vorschlag, die Neuverschuldung schneller zu reduzieren, wäre willkommen. Auch die Hoffnung, die € 30 Mio für die inländischen Gastpatienten einsparen zu können, werde von Landeshauptfrau Mag. Burgstaller nicht aufgegeben. Eine weitere entscheidende Frage wäre die Entwicklung der Beiträge zur Europäischen Union, und ob die Finanztransaktionssteuer je Wirklichkeit werde. Genauer angeschaut werden sollte auch der Rücklagenhaushalt des Landes, der über € 160 Mio umfasse. Ein Teil der Rücklagen sei zwar verplant, es sollte aber trotzdem geprüft werden, ob nicht Teil-

bereiche davon verwendet werden könnten, um der Neuverschuldung gegen zu steuern. Die geplante Mobilisierung des Wohnbaufonds werde realen Investitionen dienen. Landeshauptfrau Mag. Burgstaller weist in diesem Zusammenhang auf die Grundstückspreisentwicklung hin, der in der anstehenden Raumordnungsnovelle mit entsprechenden Instrumentarien entgegenge wirkt werden soll. Der Grund für den teuren Wohnbau liege in Salzburg an den hohen Grundstückspreisen.

Abschließend betont Landeshauptfrau Mag. Burgstaller, dass die Landesregierung sehr bemüht sei, für die Mitarbeiter im Amt der Landesregierung und auch in der SALK eine faire Lösung für die Gehaltsabschlüsse zu finden. Sie erläutert die aktuelle Situation und die unterschiedlichen Vorgehensweisen auf Bundes- und Landesebene in den vergangenen zwei Jahren. Man wäre sehr bemüht, für alle Mitarbeiter des Landes eine faire Lösung zu finden.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner merkt grundsätzlich an, dass er kein zufriedener Finanzreferent sei. Es gebe noch immer eine Neuverschuldung in substantieller Höhe, auch wenn diese zurückgehe. Dennoch handle es sich um ein Budget, das Hand und Fuß habe und das in die richtige Richtung weise, nämlich im Jahr 2017 keine Schulden mehr dazukommen zu lassen, sondern den Schuldenstand des Landes jährlich abzubauen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner erinnert, dass man am Höhepunkt der Wirtschaftskrise eine Neuverschuldung von über € 130 Mio pro Jahr gehabt habe. Dieses Jahr werde man voraussichtlich zum ersten Mal wieder unter der € 100 Mio Marke sein und wenn die Rahmenbedingungen so halten, dh die konjunkturellen Voraussetzungen sich nicht dramatisch verändern, dann werde man mit diesen beiden Budgets diesen Wert noch einmal absenken; im Jahr 2013 auf rund € 82 Mio und 2014 auf rund € 71 Mio. Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner verweist dazu auch auf den Stabilitätsbericht bis 2018.

Es handle sich um ein Doppelbudget, das dazu führe, dass zum dritten Mal in Folge die Neuverschuldung sinke. Man habe es mit diesem und mit den bisherigen Budgets geschafft, das Familiensilber nicht zu verkaufen, im Gegensatz zu Oberösterreich, Niederösterreich, Burgenland usw.

Der vorliegende Landesvoranschlag reduziere den außerordentlichen Haushalt leicht, aber es sei noch immer ein Investitionshaushalt, der deutlich über dem Durchschnitt liege. Man habe es auch in all den sehr schwierigen Jahren geschafft, trotz massiver Einnahmenverluste in einigen Kernbereichen die finanziellen Mittel für wichtige Bereiche deutlich auszuweiten. So habe man zB 2008 für die Kinderbetreuung € 22,8 Mio im Budget vorgesehen. Für das Jahr 2013 seien es nun € 44 Mio und im Jahr 2014 dann € 45,5 Mio.

Die Abgangsdeckung der Spitäler habe im Jahr 2008 € 77,5 Mio betragen, im Jahr 2013 seien es laut Budgetvoranschlag € 131 Mio und im Jahr 2014 rund € 137,6 Mio, was beinahe eine Verdoppelung in diesem Zeitraum darstelle.

Für den Sozialbereich seien im Jahr 2008 € 263 Mio zur Verfügung gestellt worden. 2013 werden es über € 300 Mio und im Jahr 2014 € 313 Mio sein.

Dh, wenn man sich die letzten Budgets anschaut, dann könne man feststellen, dass man auf der einen Seite stabilisiert habe, die Neuverschuldung reduziert habe, aber gleichzeitig in gesellschaftlich zentralen Bereichen den nötigen Spielraum erhalten habe, ohne das Familiensilber zu verkaufen. Es müsse aber klar sein, dass die große Unbekannte die konjunkturelle Entwicklung sei. Im Juli dJ haben Wirtschaftsforscher für das Jahr 2013 ein Wachstum von 1,6 % prognostiziert. Im Oktober habe es dann noch einmal von Wirtschaftsforschern eine Revidierung gegeben und knapp vor der Budgetklausur seien 1 % Wirtschaftswachstum prognostiziert worden. Diese letzten Zahlen seien in den Budgets bereits berücksichtigt. Für das Jahr 2014 habe man ein Wachstum von 1,4 % als Grundlage angenommen.

2013 werde der Haushalt mit einer Neuverschuldung von € 82 Mio € 2,33 Mrd umfassen. Im vorjährigen Stabilitätsbericht liege die Prognose für das Jahr 2013 bei € 109,5 Mio Neuverschuldung. Dass man jetzt ein Budget mit € 82 Mio vorlegen könne, resultiere daraus, dass die strukturellen Maßnahmen der letzten Jahre Wirkung zeigen. Und es bedeute auch, dass man sich mit diesem Budget meilenweit unter dem vorgegebenen Maastricht-Defizit befinde.

2014 werde der Landeshaushalt mit einer Neuverschuldung von voraussichtlich € 71 Mio ein Volumen von knapp € 2,4 Mrd umfassen. Es seien € 71 Mio zu viel. Allerdings sei man letztes Jahr noch von einer Neuverschuldung von € 91 Mio ausgegangen. Dh, man liege mit diesem Budgetentwurf unter der Prognose vom letzten Jahr, unter der mittelfristigen Finanzvorschau. Beim Maastricht-Defizit schaue es ähnlich aus. Man werde sogar mit einem leichten Plus abschließen können, wenn die Rahmenbedingungen so halten. Klar sei, dass ein Plus im Maastricht-Defizit nicht in der Realverschuldung helfe. Das seien zwei verschiedene Defizite, aber Salzburg liege, was das Maastricht-Defizit anlange, österreichweit sehr gut im Plan.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betont, dass die Budgetpolitik des Landes Salzburg auf langfristige Maßnahmen baue. Das bedeute, dass der Großteil aller Ausgaben bis auf die Bereiche Kinderbetreuung, Soziales, Gesundheit und Personal weiter eingefroren bleibe. Die Ausgaben werden - nachdem sie deutlich gedämpft worden seien - seit Jahren stabil gehalten. Dazu gehören die Ermessensbereiche, die Amts-Sachausgaben, die Politikerbezüge und die Parteienförderung. Es gebe hier keine Valorisierungen und Erhöhungen. Dies bringe einen immer größer werdenden Hebel, der sich strukturell stark auswirke.

Eine der größten Herausforderungen nicht nur für Salzburg sondern eigentlich mittlerweile für ganz Europa sei die Gesundheitsversorgung. Hier gebe es europaweit sehr unterschiedliche Herangehensweisen. In Deutschland sei es mittlerweile Gang und Gäbe, öffentliche Krankenhäuser in eine private Verwaltung zu übertragen. Österreich habe einen anderen Weg gewählt und dafür brauche man Geld. Und man könne nicht davon ausgehen, dass das irgendwann wieder billiger werde. Aber man müsse die Dynamik in diesem Bereich dämpfen. Dies wäre mit Strukturreformen, mit einer besseren Vernetzung mit dem niedergelassenen Bereich und den Sozialversicherungen möglich. Genau das passiere gerade in Verhandlungen auf Bundesebene. Schon 2012 sei für die Abgangsdeckelung eine maximale Steigerung von 7 % festgelegt worden. Nun dürfe der Abgang maximal 5 % bzw 6 % pro Krankenhaus steigen. Das werde

nicht leicht, aber es werde möglich sein, ohne dass man wesentliche Grundstrukturen verändere. Es sei aber erforderlich, um mittelfristig eine Unfinanzierbarkeit der öffentlichen Krankenanstalten zu verhindern.

In der Folge geht Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner auf den außerordentlichen Haushalt, den Investitionshaushalt des Landes, ein. Auch in den nächsten zwei Jahren werde der Investitionshaushalt sehr hoch bleiben. Dieser umfasse rund € 96 Mio im Jahr 2013 und rund € 90 Mio im Jahr 2014. Das sei um rund ein Drittel höher als vor der Wirtschaftskrise und das werde man auch brauchen. Diese Investitionen sollen in möglichst beschäftigungsintensive Bereiche fließen, wie zB in den Hochbau und ganz besonders dort, wo es langfristig für die Gesamtbevölkerung Nutzen habe, wie zB im Gesundheitswesen. Aktuell werden in Zell am See € 58 Mio des Landes in das Krankenhaus investiert. Weiters werden in den SALK € 25 Mio in das Kinderkrankenhaus fließen, weitere € 10 Mio in den Bildungsbereich, wie zB in die Erweiterung der Fachhochschule Urstein etc.

Abschließend fasst Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner zusammen, dass die Budgets von drei Eckpfeilern gekennzeichnet seien: eine vorsichtige Einnamenschätzung, die Langfristigkeit der Maßnahmen und die Balance zwischen den nötigen Einsparungen und gleichzeitig den wichtigen Investitionen unter Ausweitung der Bereiche, wo in der Gesellschaft der Schuh am meisten drücke: Kinderbetreuung, Soziales und Gesundheit.

Abschließend dankt Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner seinen Regierungskollegen und der Abteilung 8 für die konstruktive Zusammenarbeit. Man habe noch einen weiten Weg bis 2017, der nicht leicht sein werde und aufgrund der konjunkturellen Entwicklung steinig bleibe. Aber man habe mit diesem Budget jedenfalls einen Schritt wieder in die richtige Richtung gemacht.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer stellt fest, dass die Budgetgespräche für das Doppelbudget 2013/2014 bereits im Frühjahr begonnen worden seien. Den Vorbesprechungen seien Richtlinien, Beamtengespräche und Verhandlungen und letztendlich die eigentliche Budgetrunde gefolgt. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer dankt Hofrat Dr. Paulus und seinem Team sowie allen Abteilungen des Amtes der Landesregierung für die konstruktive Zusammenarbeit. Ein weiterer Dank geht an die Regierungskollegen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer bezeichnet das Doppelbudget als "eine gute Sache" und ruft auch gute Erfahrungen mit dem Doppelbudget 2010 und 2011 in Erinnerung. Das vorliegende Doppelbudget sei kein Grund zum Jubeln. Die Neuverschuldung sei zwar geringer als befürchtet, betrage aber über zwei Jahre in Summe € 150 Mio. Es sei richtig, dass der Weg bis 2017 im ordentlichen Haushalt den Versuch starte, dann ausgeglichen zu budgetieren, aber da sei der außerordentliche Haushalt mit Schulden von noch € 60 bis 70 Mio nicht dabei. Es werden erhebliche Herausforderungen für die Jahre 2015 bis 2018 auf das Land zukommen und es sei festzustellen, dass die Bereitschaft der verschiedenen Gruppierungen und Interessensgruppen, einen Beitrag zum Ganzen zu leisten, endend wollend sei. Dem Land werde dies

zunehmend Probleme in allen Bereichen bereiten. Die großen Kostentreiber seien Gesundheit, Soziales und Kinderbetreuung. Alles für sich sei zu rechtfertigen und zu argumentieren, im Gesamtbild jedoch schwer zu handhaben.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer sagt, dass das Doppelbudget kein mutiger Schritt, aber einen gemeinsamen Nenner darstelle. Positiv wird erwähnt, dass die Maastricht-Kriterien eingehalten werden können. Es ändere aber nicht die Tatsache, dass die Verschuldung des Landes mit diesem Doppelbudget über eine Milliarde Euro steigen lasse. Wenn dies in diesem Tempo weitergehe, sei man bald bei € 1,5 Mrd. angelangt und das Land sei dann nicht mehr krisenresistent. In der Vergangenheit habe man dem Schrumpfungsprozess der Wirtschaft (2009 -3,6 %) und dem Wegbrechen der Einnahmen durch positive Zahlen im Tourismus, Gegensteuerungsmaßnahmen und einem niedrigen Zinsniveau gegensteuern können. Jede Schuldenmillion nehme die Krisenresistenz noch mehr weg.

Was die einzelnen Ansätze betreffe, so habe man mit einigen Ausnahmen versucht, diese in vielen Bereichen lediglich fortzuschreiben. Im Straßenbau müsse mit einem "Notbudget" gearbeitet werden, das lediglich ermögliche, die Straßen in Stand zu halten. Große Baumaßnahmen seien mit diesem Budget nicht mehr darstellbar. Innerhalb seines Ressorts seien Signale durch mehr Investitionen in Bereichen Öffentlicher Verkehr oder Forschung und Entwicklung durch Umschichtungen gesetzt worden.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell (FPÖ) führt aus, dass die präsentierten Ziffern nicht erfreulich seien und sagt, dass die FPÖ das Budget aufgrund von Fehlentwicklungen, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden seien, nicht mittragen werde. Klubobmann Abg. Dr. Schnell kritisiert zum einen die mangelnde Entschlossenheit der Salzburger Politik, in Bezug auf Maßnahmen der Bundespolitik diesen entgegenzutreten und zum anderen falsche Entscheidungen im eigenen Land. Beispielhaft wird dazu die Therme Bad Gastein erwähnt, die eine große Summe verschlungen habe, jedoch keine Zukunft habe. Die finanzielle Unterstützung der Therme Kaprun sei ebenso unverständlich, da diese für die Familienbetriebe und Hotels in der Region kontraproduktiv sei. Seiner Ansicht nach hätte vielmehr versucht werden sollen, die Thermenregion Salzburg zu revitalisieren und attraktiv zu gestalten, um diese zu halten. Klubobmann Abg. Dr. Schnell thematisiert die Maßnahmen zum Thema Asylbewerber im Land Salzburg und kritisiert die mangelnde Umsetzung von EU-Vorgaben. So werde zB das Dublin-Abkommen in keiner Weise angewendet. Soziale Maßnahmen seien aber auch für Salzburger Familien, die sich in Notsituationen befänden, wichtig und dringend notwendig. Zum Einwurf von Landeshauptfrau Mag. Burgstaller, dass in allen Fällen, die ihr zur Kenntnis gebracht werden, geholfen werde, soweit es möglich sei, betont Klubobmann Abg. Dr. Schnell, dass dies kein Vorwurf sei, dass das Land nicht helfe, sondern ein Aufzeigen, dass es auch im Land Salzburg viele dramatische Notfälle gebe. Wesentliche Kritikpunkte seien auch die große Wohnungsnot und die hohen Lebenshaltungskosten. Weiters kritisiert Klubobmann Abg. Dr. Schnell die durchgeführten Einsparungsmaßnahmen beim Personal des Landesdienstes, die Probleme der EU-

Wirtschaftspolitik, die auch Salzburg treffen würden, eine verfehlte Politik im Bereich der ÖBB, wo Revisionsbetriebe in Salzburg geschlossen und ins Ausland verlagert werden, die geplante Gesundheitsreform, die von der Realität weit weg sei, die schlechten Zustände der Straßen, hervorgerufen durch die geringeren Mittel und das Projekt ELGA, das einen enormen Verwaltungsaufwand und hohe Kosten nach sich ziehe. Abschließend betont Klubobmann Abg. Dr. Schnell, dass negativen Entwicklungen massiv entgegen zu treten sei.

Abg. Schwaighofer (Grüne) bewertet das vorliegende Budget als „business as usual“ und als „nicht mutig“. Von einem erkennbaren Umsteuern sei in diesem Budget nichts festzustellen, es sei lediglich eine Fortschreibung. Das Budget bringe keine Änderungen mit sich, die zum Beispiel sozial- und umweltpolitisch notwendig wären. Abg. Schwaighofer geht auf die Entwicklung der Weltklimasituation mit seinen dramatischen Folgen ein und betont, dass dies für das Bundesland Salzburg als Tourismusland wesentliche Auswirkungen haben werde. Auch bildungspolitisch werden mit diesem Budget keine Änderungen angestrebt, obwohl die Burn-out-Raten bei den Lehrern steigen und es dringenden Handlungsbedarf gebe. Offen bleibe auch die Gehälterfrage der KindergartenpädagogInnen. Kein Weiterkommen sei bei der Jugendwohlfahrt festzustellen. Hier fehlten immer noch die entsprechenden Rahmenbedingungen. Im Gesundheitsbereich steuere man auf einen dramatischen Pflegekräftemangel zu, dem bedeutende Maßnahmen entgegengesetzt werden müssten. Im außerordentlichen Haushalt hingegen – so Abg. Schwaighofer weiter – würden die Ausgaben falsch gewichtet. Diese müssten grundsätzlich hinterfragt und eine Bremse eingelegt werden. Aus seiner Sicht wäre es nicht notwendig, den Museumsplan in den folgenden zwei Jahren mit € 4 Mio zu dotieren. Bei der Errichtung und Erhaltung von Straßen, Güterwegen, landwirtschaftlichen Schulen etc. ortet

Abg. Schwaighofer einen Perfektionszwang und meint, in diesen Bereichen könnte deutlich gespart werden. Andererseits könnten sich die Menschen das Wohnen in Salzburg nicht mehr leisten. Einen weiteren Kritikpunkt stellen die Fremdenverkehrsförderungsfonds, der Wachstumsfonds und der Gemeindeausgleichsfonds dar, die konsequent ökologisiert werden müssten. Abg. Schwaighofer ist der Meinung, dass es die Pflicht der Politik sei, in Menschen zu investieren und nicht so sehr in Bauten und Beton sowie die dringenden Probleme anzugehen und mit den vorhandenen Mitteln zu lösen.

Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP) stellt eingangs fest, dass die Wirtschaft von extremer Unsicherheit im Konjunkturverlauf geprägt sei. So habe die OECD aktuell die Wachstumsprognose für Deutschland nach unten revidiert. Dies habe auch für Österreich aufgrund der engen Exportverflechtungen mit Deutschland Auswirkungen. Wenn man sich in einer längerfristigen Betrachtung anschauere, wie die Verschuldung steige und was sich strukturell in unserem Budget verändere, dann müsse man schon feststellen, dass die Ausgaben für die wichtigen Bereiche wie Bildung, Soziales und Gesundheit ständig steigen und man müsse sich angesichts der Dynamik der jährlichen Kostensteigerungen die Frage stellen, wie diese Finanzierungen sicherge-

stellt werden können. Sorge mache Abg. Mag. Scharfetter, dass das Wirtschaftsförderungsbudget stagniere bzw leicht zurückgehe, weil das Investitionsverhalten bereits jetzt zögerlich sei und demzufolge noch zögerlicher werden werde, auch weil die Banken immer höhere Risikoaufschläge bei der Kreditvergabe vornehmen. Abschließend geht Abg. Mag. Scharfetter auf die von Klubobmann Abg. Dr. Schnell angesprochenen Probleme der Gasteiner Therme ein und meint, dass deren Schieflage zwar etwas mit dem Wettbewerb zu tun habe, aber ganz viel mit einem Gerichtsurteil, das man nicht verstehen könne.

In der Spezialdebatte wird über die einzelnen Gruppen wie folgt abgestimmt:

Gruppe 0 (Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung)

Die Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von €54.915.200,-- und Gesamtausgaben von €258.372.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von €1.000.000,-- und Gesamtausgaben von €4.217.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin einstimmig - angenommen.

Gruppe 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit)

Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von €229.000,-- und Gesamtausgaben von €7.348.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin einstimmig - angenommen.

Die Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamtausgaben von €400.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin einstimmig - angenommen.

Gruppe 2 (Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft)

Die Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von € 402.111.300,-- und Gesamtausgaben von € 499.025.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von € 550.000,-- und Gesamtausgaben von € 9.125.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 3 (Kunst, Kultur und Kultus)

Die Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von € 9.184.500,-- und Gesamtausgaben von € 49.652.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von € 1.000.000,-- mit Gesamtausgaben von € 6.150.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen gegen die Stimme der FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung)

Die Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von € 352.555.500,-- und Gesamtausgaben von € 457.438.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamtausgaben von € 6.012.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin einstimmig - angenommen.

Gruppe 5 (Gesundheit)

Die Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von €334.580.000,-- und Gesamtausgaben von €601.933.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamtausgaben von €39.871.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin einstimmig - angenommen.

Gruppe 6 (Straßen- und Wasserbau, Verkehr)

Die Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von €6.172.000,-- und Gesamtausgaben von €95.832.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamtausgaben von €27.478.200,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 7 (Wirtschaftsförderung)

Die Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von €1.024.200,-- und Gesamtausgaben von €74.186.100,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamtausgaben von €2.800.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 8 (Dienstleistungen)

Die Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlags 2013 mit Gesamteinnahmen von €5.852.900,-- und Gesamtausgaben von €3.760.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin einstimmig - angenommen.

Die Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlages 2013 enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Gruppe 9 (Finanzwirtschaft)

Die Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlages 2013 mit Gesamteinnahmen von € 1.172.305.700,-- und Gesamtausgaben von € 291.380.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes des Landesvoranschlages 2013 mit Gesamteinnahmen von € 94.253.200,-- und Gesamtausgaben von € 750.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2013 enthält folgende Einnahmen und Ausgaben:

Ordentlicher Landesvoranschlag 2013

Einnahmen und Ausgaben von je € 2.338.930.300,--

Außerordentlicher Landesvoranschlag 2013

Einnahmen und Ausgaben von je € 96.803.200,--

Gesamthaushalt

Einnahmen und Ausgaben von je € 2.435.733.500,--

Die Artikel I bis XI des Landeshaushaltsgesetzes werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Landesvoranschlag 2013 und das Landeshaushaltsgesetz 2013 werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - beschlossen.

Der Finanzausschuss und der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Der in der Vorlage der Landesregierung Nr 117 der Beilagen enthaltene ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag und das darin enthaltene Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2013 werden zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 28. November 2012

Die Vorsitzende:
Riezler eh

Der Berichterstatter:
Ing. Mag. Meisl eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 12. Dezember 2012:

Der Antrag wurde mit den Stimmen an die Zuständigen ausschüsse rückverwiesen. In der Sitzung des Finanzausschusses und des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses wurden die Beratungen unterbrochen. Am 16. Jänner 2013 wurden die Beratungen in den Ausschüssen wieder aufgenommen. Mit der neu eingebrachten Vorlage der Landesregierung (Nr. 259 der Beilagen) wurde die ursprüngliche Vorlage der Landesregierung (Nr. 117 der Beilagen) abgeändert. Die engültige Erledigung findet sich im Ausschussbericht Nr. 261 der Beilagen.